Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

29.3.1922 (No. 75)

Visual Library

№ 75 Mittwoch, den 29. März 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 ℳ — Einzelnummer 50 ℳ — Anzeigengebühr: 1.— ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

*Des Reichskanzlers Antwort.

Die Rede, mit der gestern der deutsche Reichskanzler die Ablehnung der neuen Forderungen der Reparationskommission verkündete und des näheren begründete, hat nicht nur im Hause selbst, sondern im ganzen deutschen Volke einen ungemein starken Eindruck hervorgerufen. Selbst in solchen Blättern, die bisher die Politik des Reichskanzlers grundsätzlich bekämpfen zu müssen glaubten, finden sich Worte ehrlicher Anerkennung und Zustimmung. Und ganz zutreffend wird von einem dieser Blätter gesagt, daß nach dieser Rede das Kabinett Wirth fester dastehe, denn je. Unbelehrbar sind außer den Kommunisten nur wieder die Deutschnationalen u. gewisse, auf dem äußersten rechten Flügel ihrer Partei stehende Mitglieder der Deutschliberalen. Aber auch aus den Pressestimmen der extremen Rechten klingt hie und da ein Ton vielleicht unbeabsichtigter Hochachtung heraus.

Wir können also im Ganzen die gestrige Rede des Reichskanzlers vom Standpunkte unserer inneren Politik aus als einen Erfolg bezeichnen. Ihr nächster Erfolg müßte nun allerdings der sein, daß sie auch auf das Ausland mit der gleichen Stärke einwirkte. Wenn Vernunft und Gerechtigkeit in der Welt regierten, dann würde diese Rede auch vom Ausland mit der verdienten Aufmerksamkeit und mit dem verdienten Respekt aufgenommen werden. Wir zweifeln nicht, daß in allen den Ländern, die sich einen einigermaßen unbefangenen Blick bewahrt haben, die für uns günstigen Kommentare der Rede überwiegen werden. In Frankreich aber und in den Staaten, die von der französischen Politik abhängig sind, werden diese Kommentare ganz sicherlich wesentlich anders lauten. Praktisch wird es sich fragen, inwieweit die leitenden Staatsmänner der Entente gewillt sind, der Stimme der Gerechtigkeit, die aus den Worten des Reichskanzlers laut und vernehmlich herausschallt, ihr Ohr zu leihen und die Entscheidung der Reparationskommission einer Revision zu unterziehen.

Von englischer Seite ist dieser Tage dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung" in London versichert worden, daß die Entscheidung der Reparationskommission keineswegs ultimativen Charakter habe, daß nach dem Wortlaut dieser Entscheidung bezw. nach dem Wortlaut des Briefes an den Reichskanzler von vornherein eine Frist von zwei Monaten für Verhandlungen und Erörterungen vorgesehen sei, daß die deutsche Reichsregierung erst bis zum 31. Mai ihre Vorschläge einzureichen habe, und daß offiziell nichts bekannt geworden sei, was die Annahme einer Neubelebung der Politik der Sanktionen und Bedrohungen rechtfertige. Es könnte uns nur lieb sein, wenn diese Versicherungen auch wirklich den Auffassungen des englischen Kabinetts entsprächen. Es wäre damit eine Gewähr dafür gegeben, daß England sich mit allem Nachdruck für eine Berücksichtigung der deutschen Argumente einsetzt, mit denen der Reichskanzler gestern die Ablehnung begründet hat.

Daß die Reparationskommission als solche kaum mehr in der Lage sein wird, allein von sich aus zu der Antwort der deutschen Reichsregierung Stellung zu nehmen, liegt klar am Tage. Letzten Endes werden entweder die interalliierten Finanzminister oder die Ministerpräsidenten selbst zu entscheiden haben, was nun angesichts der deutschen Ablehnung zu geschehen hat. Möglich ist, daß Lloyd George überhaupt erst einmal den Verlauf der Konferenz von Genua abwarten will, bevor er an eine solche Entscheidung herangeht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dort in Genua Stimmungen offenbar werden, die, ohne daß die Reparationsfrage offiziell behandelt wird, einer vernünftigen Lösung dieser Frage dennoch die Wege ebnen.

Die Rede des Reichskanzlers ist nicht nur deshalb wirkungsvoll, weil sie die Ablehnung in packender Weise formuliert, sondern sie ist vor allem deshalb wirkungsvoll, weil sie in sachlich überzeugender Weise die Unmöglichkeit der neuen Forderungen der Reparationskommission nachweist. Sie wird aber auch noch aus einem andern Grunde beachtet werden müssen, nämlich weil sie bei aller Ablehnung jener Forderungen doch von neuem den festen und ernsten Willen des deutschen Volkes manifestiert, die Erfüllungspolitik als solche fortzusetzen.

Der Reichskanzler will in Verhandlungen eintreten, um zu beweisen, daß unsere Lage und unser Steuersystem die mechanische Ausschreibung von 60 Milliarden neuen Steuern einfach nicht zulassen, daß aber eine äußere Anleihe durchaus geeignet sei, Deutschland aus dem Wirrsal herauszuführen und so die Ansprüche der Entente zu befriedigen. Die Frage der Kombinierung einer äußeren Anleihe mit der Zwangsanleihe sei bereits im Reichsfinanzministerium geprüft worden. Ohne eine Stabilisierung des deutschen Markkurses sei aber überhaupt nichts zu machen. Es sei zwecklos, neue Steuern auszuschreiben, wenn die Entwertung der Mark doch wieder alle diese Steuererträgnisse übersteige. Gerade die Note der Reparationskommission habe aber auf den Kurs der Mark verhängnisvoll eingewirkt und die Reparationskraft Deutschlands auf das äußerste gefährdet.

Daß bei der geforderten Einschränkung der Verwaltungsausgaben nicht viel herauskommen kann, hat der Reichskanzler der Entente gleichfalls vor Augen geführt. Gewiß sollen die Verwaltungsausgaben dennoch beschränkt werden. Damit wird aber kaum eine Goldmillion herausgewirtschaftet werden, geschweige denn eine Goldmilliarde. Schon jetzt werden unsere Beamten und Staatsarbeiter weit schlechter bezahlt, als in den Ententeländern. Und sämtliche Reichsminister, der Reichspräsident und der Reichskanzler kosten uns heute unter Einschluß der Aufwandsentschädigungen nicht so viel, wie zwei Ententegeneräle in Deutschland!!

Was dagegen Summen und Summen verschlingt, das sind die Kontrollkommissionen, das sind die Besatzungskosten. Und wenn jetzt noch eine neue Kontrollkommission eingerichtet wird, so wird ein Zustand erreicht werden, wo bald überhaupt nichts mehr zu kontrollieren übrig bleibt. Die Finanzkontrolle hat der Reichskanzler nicht nur mit dem Hinweis auf die Hoheitsrechte der deutschen Nation zurückgewiesen, sondern auch mit dem Hinweis auf die seinerzeit von Lloyd George gegebene Zusage, daß das Garantiekomitee nicht berechtigt sein solle, in den deutschen Zahlungsplan einzugreifen.

Wir müssen jetzt zunächst abwarten, welches im Ausland das Echo der Kanzlerrede sein wird. Mit gutem Gewissen können wir uns sagen, daß wir in der Erfüllungspolitik nicht bloß bis zum Äußersten, sondern bereits über das Äußerste hinausgegangen sind. An der Entente ist es, dies zu würdigen und uns verständnisvoll zu unterstützen. Die Entscheidung der Reparationskommission aber ist ein Akt gewesen, der, statt uns zu nützen, die Schwierigkeiten unserer Lage in außenpolitischer und finanzwirtschaftlicher Beziehung von neuem aufs äußerste erschwert hat. Der abermalige Sturz unserer Valuta ist der beste Beweis dafür!

Die Regierungserklärung über die Reparationsnote.

Im Reichstag gab gestern mittag

Reichskanzler Dr. Wirth

die angekündigte Regierungserklärung zu der Note der Reparationskommisson ab. Er ging dabei nach dem Bericht der „Frkft. Ztg." aus von dem Steuerkompromiß, bei dem man in Deutschland die Hoffnung gehabt habe, daß dadurch die Lösung des Reparationsproblems in der Weise angebahnt werde, daß zwischen den Verpflichtungen und unserem Können ein **Ausgleich** gefunden werde. Einen solchen Ausgleich zu ermöglichen, war allein das treibende Element für das Zustandekommen des Kompromisses. Dieses war also ein integrierender Bestandteil der auswärtigen Politik, und wenn es von innen oder außen gestört wurde, so wurde damit die auswärtige Politik der Regierung in Frage gestellt. Von innen ist keine Störung gekommen, aber von **außen** haben die Note der Reparationskommission und das Schreiben an den Reichskanzler eine **Störung** verursacht.

Zur Klarstellung der ganzen Sachlage ging der Kanzler zunächst auf die **historische Entwicklung** ein. Er erwähnte das **deutsche Stundungsgesuch** vom 14. Dezember das die Folge des erfolglos gebliebenen Schrittes bei der **Bank von England** war, die unter der Herrschaft der Zahlungsbedingungen Deutschland keinen Kredit gewähren konnte Es kamen dann die Verhandlungen in **London** und in **Cannes**. Nachdem die Reparationskommission am 13. Januar eine vorläufige Entscheidung getroffen hatte, hat sie jetzt auf unsere Note vom 28. Januar eine Entscheidung gefällt, die wohl als endgültig zu betrachten wäre, wenn wir in der Lage wären, die Bedingungen zu erfüllen und die gestellten Fristen einzuhalten. In diesem Falle würden die Reparationsbedingungen für das Jahr 1921 endgültig begrenzt sein, im andern Falle würden wir **neuen Entscheidungen** entgegensehen müssen, sei es der Reparationskommission, sei es des Obersten Rates, und zwar nicht mehr auf Grund unseres Moratoriumsgesuches, sondern auf unser Zurückgreifen auf die Bedingungen des Vertrages von Versailles.

Der Kanzler ging dann auf den ersten Teil der Note der Reparationskommission ein, die die **Zahlungsverpflichtungen für das Jahr 1922** auf 720 Millionen in Bar und 1450 Millionen in Sachleistungen begrenzt. Mit einer solchen Regelung haben wir nach dem Gange der Verhandlungen rechnen müssen, und trotz allen Vorbehalten hätte sie auch keine aktuelle politische Schwierigkeit bereitet, wenn nicht die Ziffer 4 der Note die ganze Geltung der Entscheidung an die **Fristsetzung bis zum 31. Mai und die erneute Prüfung durch die Reparationskommission** gebunden hätte. Wenn im Falle eines ungünstigen Ergebnisses dieser Prüfung die **volle** Einforderung der gestundeten Beträge in Aussicht gestellt wird, so kann ich in diesem Verfahren keine praktische Logik erblicken. Das Schreiben der Reparationskommission, worin sie ihre Bedingungen für den Zahlungsaufschub mitteilt, hat eine **neue Erschwerung** der Lage gebracht und ganz Deutschland aufs tiefste erregt. Ganz deutlich tritt hervor, daß die **ernsthaften Anstrengungen für die Gesundung unseres Budgets** von der Reparationskommission **in keiner Weise gewürdigt** worden sind. Die beiden wichtigsten Bedingungen, zu denen die Reparationskommission auf Grund dieser ungenügenden Würdigung gelangt ist, haben in Deutschland peinlichste Überraschung hervorgerufen.

Die **geforderte Vermehrung der Steuern um 60 Milliarden Papiermark noch vor dem 31. Mai** erklärte der Kanzler im Namen der Reichsregierung als eine **unmögliche Zumutung. Wir sind gern bereit, in eine sachliche Besprechung und Vergleichung der Steuerbelastung des deutschen Volkes mit andern Völkern einzutreten.** Dabei darf aber nicht mit rohen Zahlen gerechnet, sondern es muß die **Konsumkraft der Bevölkerung** zugrunde gelegt werden; gerade durch solche Noten, wie wir sie jetzt erhalten haben, wird aber der **deutsche Geldwert katastrophal vermindert,** und so werden auch die Grenzen der Belastung verengert. Außerdem gibt es aber auch eine unsichtbare Belastung des deutschen Volkes, die in den Valutaverhältnissen und der damit verbundenen Verschleuderung von deutschem Volksvermögen ins Ausland begründet ist.

Die Bewilligung eines **Moratoriums** hätte zur Festigung der Valuta und zur Gesundung unseres Etats beitragen können, die Reparationskommission hat aber auf dem von ihr eingeschlagenen Wege gerade das **Gegenteil** davon erreicht. Der ganze **Voranschlag des Haushalts** für 1922 ist durch die Geldentwertung, die die Note verursacht hat, wieder **in Frage gestellt. Gewaltpolitik fördert nicht die Reparationsfrage, sondern führt zu weiteren Einschränkungen der deutschen Leistungsfähigkeit und damit zur Schädigung der Gegenseite und der ganzen Weltwirtschaft.**

Die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit des deutschen Steuerzahlers ist für den Augenblick durch das neue Steuerkompromiß festgelegt. Es ist möglich, daß diese Steuern mit der Zeit geändert werden können und müssen. Aber in einem Augenblick, wo die Volksvertretung das deutsche Steuersystem der deutschen Leistungsfähigkeit angepaßt hat, können nicht neue Steuern in der geforderten ungeheuren Höhe gemacht werden. Dadurch beweist die Reparationskommission vor der ganzen Welt, daß die wirtschaftlichen Darlegungen der deutschen Regierung **keinerlei Eindruck auf sie machen.** (Lebhafte Zustimmung.) Selbst wenn das deutsche Wirtschaftsleben die neuen Steuerlasten noch tragen könnte, so wäre die Fertigstellung **technisch unmöglich** in der geforderten Frist vorzunehmen. Schon mit Rücksicht auf die Konferenz in **Genua,** die wochenlang die Aufmerksamkeit aller Regierungen und auch der deutschen in Anspruch nehmen muß, ist an eine Konzentration auf eine neue Steuervorlage nicht zu denken. **Die Regierungen, die diese Forderungen stellen, sind Länder mit altem parlamentarischem System und haben dieses uns sehr oft empfohlen.** Sie müßten aber auch wissen, daß in einem **parlamentarischen Staat es einer Regierung unmöglich ist, den Lauf und Charakter der Gesetzgebung so zu ändern, daß** man ein **unmittelbar vor dem Abschluß stehendes parlamentarisches Werk nicht von heute auf morgen umwerfen und auf Befehl des Auslandes mit neuen Steuern an das Parlament heranbringen kann.** (Lebhafte Zustimmung.)

Aber auch aus einem anderen Grunde ist die Forderung unmöglich, weil sie die **Hoheitsrechte** des **Reiches** angreift. Gegen diese Politik muß im Namen der Reichsregierung **schärfste Verwahrung** eingelegt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist mit dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes unvereinbar, daß fremde Elemente der deutschen Verwaltung zur **Überwachung** beigegeben werden. (Lebhaftes Bravo!) **Wir haben genug an dem bestehenden Kontrollsystem der alliierten Regierung** und **kennen die schikanöse Ausführung** (erneute Zustimmung). Die **Ausdehnung dieses Kontrollsystems ist eine Zumutung, der sich keine deutsche Regierung im Interesse des notleidenden deutschen Landes unterwerfen kann** (Lebhafter Beifall). Es **wäre angebrachter,** wenn die alliierten Regierungen die **Besatzungskosten der fremden Armeen einer Kontrolle unterziehen wollten.** (Lebhafte Zustimmung.) Die Kontrolle würde ein solches Mißtrauen in die deutsche Verwaltung bringen, daß jeder wirtschaftliche Aufbau illusorisch werden müßte, ja der Anfang dazu im Keim erstickt werden müßte. (Erneute Zustimmung.) **Das eigene Interesse sollte unsere Gegner veranlassen, von solchen Dingen abzusehen.** Das deutsche Volk kann fremde Gäste an seinem Tisch nur mit Gefühlen sehen, die für die Zukunft Europas nichts Gutes erwarten lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die deutsche Regierung hat bei Abschluß des Friedensvertrages gegen die Ausdehnung der Kompetenzen der Reparationskommission protestiert und es als **unmöglich** für einen demokratischen Staat erklärt, sich seiner Hoheitsrechte zu entkleiden und sie hat auch die Forderungen der Reparationskommission abgelehnt, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die sie verlangte. Darauf ist von der Gegenseite erklärt worden, daß die **deutschen Befürchtungen auf vollständig falscher Auffassung beruhten** (Hört! hört!) und die deutschen Schlußfolgerungen im Widerspruch mit dem Sinn und dem Geist des Vertrages stünden (erneutes Hört! hört!). **Es ist erklärt worden, daß Deutschland seine innere Gesetzgebung nicht diktiert** werden solle und **daß Vorschriften über die Aufstellung des deutschen Staatshaushaltes nicht gemacht werden sollten.** Und **das alles ist im Londoner Ultimatum bestätigt worden,** und **an diese Zusagen erinnere ich heute feierlichst die fremden Regierungen.**

Eine Reihe von Bedingungen, so fuhr der Kanzler fort, deckt sich durchaus mit unseren Absichten und den Interessen der deutschen Regierung, obwohl auch hier manches kritische Wort am Platze ist. Hierher gehört die Forderung nach erhöhter **Sparsamkeit** in der Verwaltung des Reiches. Tatsächlich wollen wir gern eine Einschränkung unserer Verwaltungsausgaben anstreben. Aber **nur jemand, der die Verhältnisse nicht kennt** oder **nicht kennen will,** kann glauben, daß damit viele Goldmilliarden herausgeholt werden könnten. Tatsächlich sieht der **Etat** für das Jahr 1922 **mehr als zwei Drittel aller Ausgaben für die Entente und nur ein Drittel für Deutschland** vor.

Der Kanzler ging hier mehr auf die Zahlen des Etats ein und verglich namentlich die deutschen Ausgaben für **Wehrzwecke** mit den außerordentlich hohen Beträgen, die dafür in den Budgets der alliierten Staaten vorgesehen sind. Daß unsere **Verkehrsbetriebe zuschußfrei** gemacht werden müssen, wissen wir selbst. Aber der Sturz der Mark gefährdet ständig dieses Ziel. Nur 9,5 Milliarden sind die eigentlichen Verwaltungskosten im engeren Sinne, die das Reich zu tragen hat. Wir können und wollen hier sparen. Ich setze mich auch im Namen der Reichsregierung dafür ein, daß **alles versucht** werden muß, hier noch **weitere Beträge einzusparen.** Aber der Illusion darf sich niemand hingeben, daß hier viele Milliarden zu holen seien. Wir bezahlen schon jetzt unsere Beamten und Staatsarbeiter schlechter als die Alliierten. **Alle Reichsminister,** der Reichspräsident und der Reichskanzler, **kosten** samt Aufwandsentschädigung dem Reiche **nicht soviel wie zwei Ententegenerale.** (Lebhaftes Hört! Hört!) Tatsächlich **müssen wir uns bereits bei den Ausgaben für soziale und hygienische Zwecke außerordentlich zuungunsten der künftigen Entwicklung einschränken.** Dasselbe gilt für die **Länder und Städte. Aber die Welt ist so blind, daß sie das schleichende Elend nicht mehr sieht und das Prassen einiger Kriegsgewinnler und valutastarker Ausländer für ein Zeichen von Deutschlands Wohlhabenheit ansieht.**

Wir stimmen also dem Gebot der Sparsamkeit zu mit der Einschränkung, daß seine Durchführung nicht so viel nützt, als man bei den Alliierten offenbar annimmt. Ebenso sind wir prinzipiell einverstanden mit der von uns geforderten **Bekämpfung der Kapitalflucht.** Die Regierung hat von sich aus schon Vorschriften in dieser Richtung erlassen, aber es bedarf eines internationalen Zusammenwirkens, um das Ziel zu erreichen und Deutschland hat sich dazu ausdrücklich bereit erklärt. Ähnlich liegen die Dinge bei der Sicherstellung der deutschen Ausfuhrwerte und der Erfassung der Ausfuhrdevisen. Hier wird geprüft werden, hier werden wir versuchen, den Forderungen der Reparationskommission nachzukommen. Allerdings reichen bei allen diesen Dingen unsere Kraft und unsere Rechtsmittel nicht aus. Das beste Gegenmittel gegen solche Erscheinungen ist die **Besserung der deutschen Valuta.** Die Wiederaufnahme der deutschen **Statistiken** in der früheren Form ist bereits in die Wege geleitet, ebenso werden die weiteren Forderungen bezüglich der Reichsbank zu keinen Schwierigkeiten führen.

Mit besonderem Nachdruck behandelte der Reichskanzler dann das Thema der **inneren und äußeren Anleihe,** auf das die Note der Reparationskommission Bezug nimmt. Hier liegt, so sagte er, der Schlüssel für die Lösung des ganzen Reparationsproblems. In der Zwangsanleihe haben wir den Weg der inneren Anleihe beschritten. In der Wirkung ist die Zwangsanleihe eine starke und zunächst dauernde Vermögensabgabe. Ob das System der inneren Anleihe bei uns weiter ausgebaut werden kann, werden wir prüfen. Aber diese Frage muß im Zusammenhange mit der ganzen Steuergesetzgebung gelöst werden Noch wichtiger aber ist die **Frage der äußeren Anleihe,** weil die Lösung dieses Problems allein geeignet ist, das ganze Reparationsproblem in Ordnung zu bringen. Die deutsche Regierung hofft darüber in eine fördernde Besprechung mit den Alliierten eintreten zu können. Es kommt aber, so betonte der Reichskanzler mit erhobener Stimme, alles darauf an, die **Hindernisse zu beseitigen, die heute im Versailler Vertrag und seiner Handhabung der Alliierten vom Weltkapital, bei der Gewährung einer Anleihe erblickt werden.** Was von deutscher Seite in billiger Weise dabei verlangt werden kann, wird von uns geleistet werden. Wenn aber in der Note in alternierender Form davon gesprochen wird, daß im Fall des Mißlingens einer auswärtigen Anleihe auf das **deutsche Sachvermögen** zurückgegriffen werden müsse, so erinnere ich an unsere Bemühungen im letzten Vierteljahr, an die **geplante Kredithilfe der Industrie.** Diese Bemühungen sind damals **an der Zurückhaltung des Welthandels gescheitert, der sein Gold nicht in das Danaidenfaß der Reparationen und des Versailler Vertrages schütten wollte.** Das Projekt einer äußeren Anleihe kann nur dann Aussicht auf Gelingen haben, wenn dem deutschen Volk auf einen längeren Zeitraum die nötige Atemfreiheit gewährt wird.

Im weiteren Verlauf seiner Rede **hob der Kanzler hervor, daß der Inhalt der Note der Reparationskommission auch fernerhin von der Regierung noch genau geprüft werde,** ehe sie den Alliierten eine schriftliche Antwort erteile: Die **großen Linien der deutschen Politik stehen fest.** Wir erkennen an, daß die Herabsetzung der Barzahlungen und die Regelung der Sachleistungen eine Erleichterung für uns bedeuten. Wir sind aber auch bereit, unsere ganze Verantwortlichkeit an die **Erfüllung** zu setzen und in neue Verhandlungen einzutreten. Unsere wirtschaftlichen und parlamentarischen Verhältnisse gestatten aber nicht die Annahme neuer Forderungen, wie sie gestellt worden sind.

Die Kontrollmaßnahmen der Reparationskommission lehnen wir ab und werden versuchen, ihre Schädlichkeit nachzuweisen. Unsere besondere Aufmerksamkeit muß aber darauf gerichtet werden, eine **äußere Anleihe** zu erhalten, **weil nur sie allein Deutschland und die Welt aus den jetzigen Wirrsalen befreien kann.** Der Gedanken einer **internationalen Reparationsanleihe** findet immer mehr Boden. Nur eine auf längere Zeit gewährte Atempause kann der deutschen Mark die Stütze geben, die die deutschen Einnahmen und Ausgaben stabil macht. **Schon die Veröffentlichung der Reparationsnote hat auf den Kurs der Mark verhängnisvoll gewirkt** und die Dekadenzahlungen haben den Kurs des Dollars ständig gesteigert.

Wir haben im vergangenen Jahre unsere Kraft an die Erfüllungspolitik gesetzt, um praktisch nachzuweisen, wo die Grenzen unserer Erfüllung liegen. Wir werden auf dem eingeschlagenen Weg fortfahren und erwarten, daß die große Mehrheit der Volksvertretung sich hinter uns stellt. Das Unmögliche lehnen wir ab, sehen aber **nicht in der Negation unsere ganze Aufgabe.** Es hat sich gezeigt, daß wir aus eigenen Mitteln nicht imstande sind, die laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Wir bedürfen der ausländischen Hilfe und ich kann mir nicht denken, daß in einem Augenblick, wo die Völker zusammentreten, um über den Wiederaufbau Europas zu beraten, mit die erste Voraussetzung, die Wiedergesundung Deutschlands, dabei vernachlässigt wird.

Die Welt steht, so schloß der Kanzler, vor der klaren Alternative: **Entweder ist die Konferenz von Genua schlechthin zum Scheitern verurteilt,** oder die Alliierten erkennen die **Notwendigkeit** an, die Absichten der **Reparationskommission** mit denen der Konferenz von **Genua zu vereinen.** Vor dieser Entscheidung stehen wir. Bis dahin ist es unsere Pflicht, alles zu versuchen, Deutschland und Europa den Weg des Verderbens zu ersparen. Nehmen Sie aufrichtig, ernst, klar und deutlich zu meinen Ausführungen Stellung und bedenken Sie, daß sie vor den aufmerksamen Ohren der ganzen Welt sprechen. (Lebhafter Beifall in der Mitte und links.)

In der Aussprache

nahm zunächst Abg. **Hergt** (dntl.) das Wort, der verlangt, daß wir Frankreichs Offensive endlich mit einer energischen Gegenoffensive beantworten. Wir danken immerhin dem Reichskanzler, daß er heute wenigstens zum erstenmale die Zumutung einer Finanzkontrolle völlig abgelehnt hat. Wir fragen heute, warum hat er nicht schon früher kräftig protestiert gegen die Überwachung, der wir schon längst ausgesetzt sind. Man will die deutsche Reichseinheit zertrümmern, deren schärfster Gegner immer Frankreich war. Es will Eingriffe in unsere Verwaltung vornehmen und damit den Zweck erreichen; ein Heer von Blutsaugern soll unsere Verwaltung kontrollieren. Wir wollen Herren im eigenen Hause sein. Auch danken wir für einen Sparsamkeitskommissar. Darin stimmen wir durchaus dem Reichskanzler bei und freuen uns der großen Einheitsfront, die in dieser Frage seit langer Zeit zum erstenmal im Reichstage sich zeigt. Nicht einverstanden sind wir mit anderen Teilen der Erklärung des Reichskanzlers, besonders nicht mit seiner Zustimmung zu den Zahlungsbedingungen, die nach unserer Meinung wesentlich über das hinausgehen, was wir erfüllen können, und was als Erfolg von Cannes gebucht wurde. Eine wirkliche eindeutige Ablehnung habe ich beim Reichskanzler vermißt. Deshalb stehen wir dem Reichskanzler immer noch mißtrauisch gegenüber. Die Zumutung einer Heranziehung des deutschen Privatvermögens wird uns erst gestellt, seit dem im deutschen Reichstage selbst leider das Wort von der Erfassung der Sachwerte geprägt wurde. Jetzt will man nun zur Zwangsvollstreckung übergehen. Wir brauchen gegen den Angriff Frankreichs nur einmal entschieden auftreten (Unruhe links). Denken wir doch an den Erfolg der Türkei. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Katastrophenpolitik.) Der Redner kritisierte dann in längeren Ausführungen die Erfüllungspolitik der Regierung; die Regierung hätte nach seiner Meinung in diesem Augenblick einer anderen Platz machen müssen. Für eine Bewilligung solch neuer Steuern, wie sie gefordert werden, findet sich keine Koalition zusammen. Wir können unsere Stellung zur Regierung Wirth nicht aufgeben. Wir wollen eine Abwehroffensive gegen Frankreich natürlich nicht mit den Waffen. Es muß an das Volk appelliert werden, und gleichzeitig muß die Neuwahl des Reichspräsidenten erfolgen. Die gewaltige Teuerungswelle beweist die Notwendigkeit eines Bruches mit dem gegenwärtigem System. Die russische Hungersnot sollte uns zu denken geben.

Abg. **Stampfer** (Soz.): Die Note der Reparationskommission hat gerade in sozialistischen Kreisen besonderen Unwillen und besondere Erregung hervorgerufen. Der **Ton dieser Note ist unannehmbar, er richtet sich gegen die demokratische Regierung eines demokratischen Staates, dessen Wille zur Erfüllung international anerkannt worden ist. Solche Machtexzesse richten sich immer wieder gegen die Urheber selbst.** Schärfste Verwahrung legen wir aber auch ein gegen das **Treiben gewisser Kreise im Inlande,** denen der gegenwärtige Augenblick weiter nichts zu sein scheint, als eine **Gelegenheit, ihre parteipolitischen Geschäfte zu machen.** Dr. Hergt empfiehlt das Beispiel der Türkei. **Wo wäre die deutsche Mark, wenn wir die Politik der Türkei getrieben hätten?** Solche **verantwortungslosen Redensarten** beweisen, daß Dr. Hergt nur Minister sein konnte in einer Zeit, in der es eine wirkliche Ministerverantwortlichkeit nicht gab. Der **Himmel schütze unser armes Volk vor einem Reichspräsidenten nach den Wünschen und dem Geiste eines Dr. Hergt.** (Beifall bei den Sozialdemokraten). Wie eine Partei, die sich über ein angebliches Fiasko der deutschen Regierungspolitik **freut,** sich noch national nennen kann, ist mir **unverständlich.** Wie kann in diesem Augenblicke ein Parteiführer Herrn Poincaré von hier aus zurufen, der deutsche Reichskanzler habe keinen Rückhalt im Volke? Dr. Helfferich hat bei der Einleitung des unbeschränkten U-Bootkrieges gesagt, wenn diese Karte nicht siege, dann seien wir auf ein Jahrhundert verloren. Jetzt sind erst drei Jahre vergangen und schon kommen aus dem gleichen Lager die Ankläger über das angebliche Versagen der deutschen Regierungspolitik. Von einem Fiasko dieser Politik kann nicht gesprochen werden. Wir können jetzt nur dem 31. Mai entgegensehen, mit dem Rezept, das Mögliche zu tun, das Unmögliche zu lassen und das weitere abzuwarten. Die Reparationskommission soll uns **Ratschläge** geben, die wir gern befolgen werden, **wenn das möglich** ist. Sie kann uns aber **nicht bestimmte Maßnahmen vorschreiben. Die Forderungen der Kommission müssen wir ablehnen.** Wir würden uns freuen, wenn die **Reparationskommission uns eine Finanzpolitik zeigen könnte, die folgende Bedingungen erfüllt:** 1. Die Abtragung aller auswärtigen Schulden, 2. den Arbeitern die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins zu bieten, 3. unsere Produktion aufrecht zu erhalten. Dann würde auch eine **andere Bedingung des Versailler Friedensvertrages endlich erfüllt werden,** die besagt, daß die **Arbeiter aller Länder ein menschenwürdiges Dasein führen sollen. Die Konferenz der deutschen, englischen, französischen und belgischen Sozialisten in Frankfurt hat den Weg für wirkliche Reparationen gezeigt.** Ist es nicht ein **Jammer, daß die zerstörten Gebiete noch immer nicht aufgebaut sind? Daran sind die Diplomaten schuld, und wir sagen: Ihr Diplomaten hinter die Front,** ihr Arbeiter an die Front! So wünschen wir eine Reparationspolitik, von der die Regierung nicht abweichen darf. Das **deutsche Volk** hat die Diktatur eines **Ludendorff** von sich gewiesen. Es **lehnt auch die Diktatur ausländischer Kapitalisten ab.** Die deutschen Arbeiter stehen nicht mehr allein in der Welt. Die ausländischen Arbeiter werden ihren Regierungen ihren Willen aufzwingen.

Gegen 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittag 1 Uhr vertagt.

Die Karlsruher Theaterfrage.

Von dem Bürgermeister der Stadt Offenburg, Herrn Bührer, wird uns folgender Artikel mit dem Ersuchen um Abdruck übersandt:

„Der Landtag wird sich in der nächsten Zeit wieder mit der Frage eines Zuschusses zum Badischen Landestheater in Karlsruhe zu beschäftigen haben. Bekanntlich weist nicht nur die Kasse des Landestheaters, sondern auch die Kassen der übrigen badischen Theater, ein großes Defizit auf. Es soll hier nicht untersucht werden, auf welche Ursachen diese Fehlbeträge zurückgehen, es soll hier lediglich die Frage aufgeworfen werden, wie sich der Landtag hinsichtlich der Gewährung eines Zuschusses zum Ausgleich dieser Fehlbeträge zu stellen hat. Durch die Presse ging die Mitteilung, daß außer dem Landestheater auch die Stadttheater in Mannheim, Freiburg und Konstanz Anträge gestellt haben, aus allgemeinen Landesmitteln ihnen Zuschüsse für ihre Theaterbetriebe zu gewähren. Der Landtag wird sich also darüber zu entscheiden haben, ob außer dem Landestheater Karlsruhe auch die genannten übrigen Theater kulturelle Aufgaben erfüllen, welche, über den örtlichen Kreis hinaus, das ganze Land angehen. Diese Frage ist für alle Stadttheater unbedingt zu verneinen.

Über die künstlerische Höhe der Leistungen der Stadttheater in Mannheim, Freiburg und Konstanz soll hier nicht gesprochen werden, nur nebenbei sei erwähnt, daß ein Gastspiel von Künstlern des Stadttheaters Freiburg in der Kreisstadt Offenburg bei Kritik und Publikum einen solchen Eindruck hinterlassen hat, daß eine Zeitung nicht mit Unrecht von schmierenhafter Darstellung sprechen konnte. Vielmehr interessiert hier die Frage, ob die künstlerischen Kräfte der genannten Theater für das Land in genügender Weise ausgenützt werden. Dies ist nicht der Fall. Die Stadttheater von Mannheim und Freiburg lehnen es rundweg ab, Gastspiele auswärts zu veranstalten. Wie es in dieser Hinsicht mit dem Stadttheater in Konstanz steht, ist nicht bekannt. Aus dem Gesagten geht klar hervor, daß die sämtlichen Theater, welche an den Landtag mit der Bitte um Zuschußgewährung herangetreten sind, eine künstlerische Aufgabe zugunsten des Landes nicht erfüllen, daß vielmehr ihre Tätigkeit und ihre Wirkung auf den Kreis der Stadt beschränkt bleibt, in der sie ihren Sitz haben. Es besteht deshalb für den Landtag durchaus keine Veranlassung, diesen genannten Theatern Zuschüsse zu gewähren. Man würde es in weiten Volkskreisen nicht verstehen, wenn solche rein städtischen Unternehmungen aus Landesmitteln unterstützt werden würden."

Anders steht es mit dem Landestheater in Karlsruhe. Die Karlsruher Bühne erfüllt tatsächlich eine Aufgabe, die über den Kreis der Stadt Karlsruhe hinausragt.

Die Karlsruher Künstler sind sich auch dieser besonderen Sendung immer bewußt geblieben. Nur wäre es wünschenswert, wenn auch die Leitung des Landestheaters sich endlich dieser Aufgabe nicht mehr verschließen und dazu verstehen würde, Gastspiele in den kleineren und mittleren Städten des Landes, natürlich gegen entsprechende Vergütung zu veranstalten."

Soweit die Zuschrift des Herrn Bürgermeister Bührer, die wir umso lieber abdrucken, als sie (mit Ausnahme des letzten Passus) völlig unserer eigenen Meinung entspricht. Was diesen letzten Passus anlangt, so beruht die darin ausgesprochene Auffassung, als ob es bisher an Gastspielen in mittleren und kleineren Städten gefehlt habe, auf einem Irrtum. In Pforzheim wurden in dieser Spielzeit 24 Gastspiele in Oper und Schauspiel, daneben in acht anderen badischen Städten (z. B. Offenburg, Kehl, Rastatt, Gernsbach) mehr als 30 Gastspiele vom Landestheater veranstaltet. Red. der „Karlsr. Ztg.".

Inderziffern und kein Ende.

Von Karl Bittmann.

Wir veröffentlichen diesen Artikel, dessen Einzelheiten auch denjenigen interessieren werden, der der Ansicht zuneigt, daß das Gesetz, das heute den Kaufmann zwingt, seine Verkaufspreise auf der Einkaufsnominalmark aufzubauen, richtig ist. Der Verfasser übt u. a. an dieser Gesetzesbestimmung eine Kritik, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen, weil jene Gesetzesbestimmung von den Unternehmern und Kaufleuten in der Tat als sehr drückend empfunden wird. Wir selbst enthalten uns der Stellungnahme. Red.

Nach Kuczynski sind im Februar 1922 die Kosten der Lebenshaltung in der Woche gestiegen vom Januar 1921 (= 100) auf 196 für den einzelstehenden Mann, auf 200 für ein kinderloses Ehepaar, auf 194 für ein Ehepaar mit zwei Kindern. Nach Silbergleit erhöhten sich im Februar 1922 die wöchentlichen Ernährungskosten vom Januar 1921 (= 100) auf 168 für den einzelstehenden Mann, auf 166 für das kinderlose Ehepaar, auf 160 für das Ehepaar mit einem Kind. Elsaß berechnet für die Kosten der Lebenshaltung in Frankfurt a. M. (Lebensmittel, Kleidung, Wohnung, Heizung, Kulturzwecke, Vergnügen usw.) und für die Spanne vom Januar 1921 bis 1. März 1922 einen Anstieg auf 199. Vom 1. Januar zum 1. März 1922, also für die beiden letzten Monate betrug der Anstieg 41 vom Hundert. Vom 1. Januar 1914 bis zum 1. März 1922 sind die Kosten der Lebenshaltung von 100 auf 2336, also auf mehr als das dreiundzwanzigfache gestiegen, während am 1. Januar dieses Jahres die Lebenskosten „erst" das sechzehneinhalbfache der Friedensausgaben in Anspruch nahmen. Die innere Kaufkraft der Mark betrug am 1. März 4,8 Pf., während der äußere Geldwert der Mark, am Dollar gemessen, nur noch 1,8 Pfennige betrug (und heute erheblich geringer ist). Mit Recht meint Elsaß, daß der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

innere Geldwert der Mark sich noch weiter senken könne, ohne daß eine Valuta-Verschlechterung zu erfolgen brauche. Umgekehrt wird man auch sagen können, daß die Verschlechterung der Valuta noch ein geräumiges Auswirkungsgebiet für die weitere Entwertung der Inlandsmark finden wird.

Das Steigen der Reichs-Großhandelsziffer (RGr) ist in der folgenden kleinen Übersicht den Kosten der Lebenshaltung nach Elsaß (RL) gegenübergestellt:

	RGr	RL	RGr	RL
1913	100	100		
Januar 1921	1439	1170	100	100
Dezember 1921	3487	1442	242	123
Januar 1922	3665	1656	255	141
Februar 1922	3987	2336	268	199

Hier tritt die bekannte Tatsache in die Erscheinung, daß die Großhandelsziffern beträchtlich höher anschwellen als die Preise des Lebensbedarfes. Die ersteren haben sich seit Kriegsbeginn bis zum Februar-Stichtag 1922 vervierzigfacht, die letzteren sind nur auf das dreiundzwanzigfache angestiegen. Dieser unerwartete Ausschlag ist nicht dadurch zu erklären, daß Großhandel und Lebenshaltung verschiedene Güterreihen registrieren. Den Preisen des Großhandels folgen die Kosten der Lebenshaltung nach, langsam aber sicher. Sie scheinen neuerdings ihr Tempo beschleunigen zu wollen, um den Vorläufer einzuholen: von Januar auf Februar 1922 sind die Großhandelsziffern von 100 auf 108, die Kosten der Lebenshaltung von 100 auf 141, also ums fünffache der Steigerung der Großhandelsziffern gestiegen.

Dieses langsame Nachhinken der Lebenskosten wäre ja im Interesse unserer Wirtschaft zu begrüßen, wenn wir es als ein nur aus natürlicher Entwicklung sich ergebendes Phänomen ansprechen dürften. Dem ist jedoch nicht so.

Es wird uns nur eine Galgenfrist gegeben, nach deren Ablauf eine Begnadigung nicht erfolgt. So wird die Freude an unserem Vorteil daran, daß die Kosten der Lebenshaltung bis jetzt noch lange nicht im Verhältnis der Großhandelspreise gestiegen sind, durch die Gewißheit des wohl in allernächster Zukunft zu erwartenden bitteren Ausgleichs sehr erheblich getrübt. Dr. Elsaß hat einen Teil seiner Fragebogen zur Preisermittlung mit der Bemerkung zurückerhalten, daß zu den zurzeit noch geltenden Kleinhandelspreisen neue Ware vom Kleinhandel nicht einmal mehr eingekauft werden können. Er sagt: „Die durch die Verordnung erzwungene teilweise Verschenkung der vorhandenen Warenvorräte, deren Verkaufspreis weit unter den Reproduktionskosten liegt, muß in absehbarer Zeit wegen Kapitalmangels unausweichlich zu einer Wirtschaftskatastrophe führen, deren Folgen ganz unabsehbar sind. Oder sollte man doch noch begreifen lernen, daß nicht die Ware teuerer— der valutastarke Ausländer kauft bei uns weit unter Vorkriegspreisen — sondern nur unser Geld immer billiger wird?"

In seiner Abhandlung „Die Wucherbekämpfung in Gesetzgebung und Verwaltung" würdigt der Ministerialdirektor Dr. Falck das, Gerechte und Ungerechte mit gleichem Maße messende, Preisstrafrecht in längerer Darstellung. Der „Substanzverlust", der durch die Entwertung der Mark entsteht, wird vergrößert durch den Zwang, Durchschnitts-Einkaufspreise einzusetzen. Und die Folge: „denn vielfach überstieg", so sagt Falck, „der Großhandelspreis der im Einzelhandel bestellten Ware schon beim Eingang der Ware oder bald darauf den hiernach zulässigen Einzelhandelspreis" (Reichsarbeitsblatt Nr. 2, 1922). Am 1. März 1922 hatte die Mark noch einen Wert von etwa zwei Pfennigen im Großhandel, im Kleinhandel einen Wert von vier Pfennigen. „Das bedeutet", so sagt Elsaß mit Recht, „daß der Kleinhandel für den Erlös aus zwei Stück einer Ware immer nur ein neues gleichwertiges Stück wiederbeschaffen kann — und das von Rechtswegen!"

Wenn ein Kaufmann im Januar 1920, als die Mark in bezug auf die Lebenshaltung einen Wert von 16 Pfennigen hatte, hundert elektrische Bügeleisen für den Preis von je 300 M. einkaufte, und im März 1922, als der Wert der Mark auf vier Pfennige herabgesunken war, Gelegenheit hat, den ganzen Bestand an diesen nützlichen Instrumenten loszuwerden mit der Aussicht, sich im April mit einem neuen Vorrat zum Preise von 450 M. fürs Stück eindecken zu können, so ist er gesetzlich verpflichtet, den Verkaufspreis auf nicht mehr als auf 100 M. zuzüglich Unkosten und angemessenen Gewinn, beispielsweise alles in allem auf 130 M., festzusetzen. Demnach darf er seinen Vorrat von 100 Stück, deren Einkaufspreis 30 000 M. betragen hat, für 13 000 M. verkaufen. Da nun aber zur Verkaufszeit der Wert einer Mark nur den vierten Teil ihres Wertes zur Ankaufszeit beträgt, so erhält der Kaufmann, nach Wertparität Januar 1920 gerechnet, für 30 000 M. Einkauf im Verkauf nur 3250 M.; es entsteht ein Verlust von 6750 M. Rechnen wir Wertparität März 1922, so kostete der Einkauf 40 000 M., während nur 13 000 beim Verkauf gelöst werden. Der Verlust beziffert sich auf 27 000 Mark. Ohne den Zwang der Preistreiberei-Verordnung würden solide kaufmännische Grundsätze gestatten und gebieten, den Einkaufspreis eines elektrischen Bügeleisens, der im Januar 1920 hundert Mark betrug, der Markentwertung entsprechend im März 1922 mit Vierhundert Mark einzusetzen und den Verkaufspreis von dieser Summe abzuleiten. Es widerspricht jeder gesunden volks- und privatwirtschaftlichen Einsicht, einen Gegenstand, dessen Großhandelspreis heute 450 M. beträgt (es müssen nicht gerade elektrische Bügeleisen sein), und für den vor zwei Jahren, bei rechtem Lichte besehen, 400 M. bezahlt wurden, heute für 130 M. verkaufen und gewärtigen zu müssen, daß die Forderung eines Preises von 160 M. als vorsätzliche Preistreiberei durch Erzielung übermäßigen Gewinnes strafrechtliche Ahndung nach sich zieht, obgleich auch dieser Preis, an der Geldentwertung gemessen, starken Verlust bringt.

Dies aufs Geratewohl erfundene, durch seine Einfachheit drastisch wirkende Beispiel zeigt, wohin es führt, wenn der Preis sich nicht bildet, sondern gebildet wird. Der Handel kann mit nur verlustbringenden Geschäften seine Funktion nicht ausüben, nicht leben und leben lassen; er lüftet daher alle Sicherheitsventile, damit der auf ihm lastende Druck entweichen kann. Wüßte er sich nicht zu helfen, dann würden unsere Indexziffern noch ganz andere Sprünge machen, zum Schaden der Gesamtheit; der dem Verbraucher durch die künstliche Preiszurückhaltung entstehende Vorteil wird mehr als wettgemacht durch die ihr folgende elementare Preissteigerung. Die Bindung des legitimen Handels durch Verordnungen, die gegen Wucherer und Schieber gut sind, stiftet der Gesamtwirtschaft einen erheblichen und dauernden Nutzen nicht. Im Gegenteil!

Dies ist zu bedenken: in der jetzigen langen Periode der steigenden Markentwertung ist der Kaufmann verpflichtet, seine Verkaufspreise auf Grund der Nominalmark der Einkaufspreise zu kalkulieren. Verhängnisvolle Folge ist der „Substanzverlust", über den hier kein Wort mehr verloren werden soll. Und der Revers der Medaille? Mit einer Aufwärtsbewegung der Mark werden die Preise sinken. Wird dann das Gesetz, das heute den Kaufmann zwingt, seine Verkaufspreise auf der Einkaufsnominalmark aufzubauen, den Verbraucher nötigen können, dem Kaufmann für seine Ware ebensoviele Mark im Werte von je 16 Pfennigen zu bezahlen, als er beim Einkauf Mark zu je vier Pfennigen bezahlt hat? Ich glaube nicht! In dieser Zwickmühle ist stets der reelle Kaufmann der Leidtragende. Bei absteigender Kurve zwackt ihn das Gesetz, bei aufsteigender versagt der Verbraucher.

Die trockenen Zahlen sprechen eine lebhafte Sprache, sie offenbaren uns die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Erscheinungen, die uns mehr beängstigen als erfreuen. Indexziffern und kein Ende! Wir wollen die Zeiten herbeisehnen, in denen man, wie dies früher war, vom „Index" nur im Kreise der Statistiker und Volkswirte einen Begriff hat. Dann werden wir zufriedener und glücklicher sein als heute.

Politische Neuigkeiten.

Vor Genua.

Der „Baseler Nationalzeitung" wird aus Paris gemeldet: **Poincaré hat die größte Mühe, Vertreter für Genua zu finden. Selbst Tardieu hat abgelehnt.** Amerikanische und englische Journalisten erwägen die **Möglichkeit von Poincarés Rücktritt, wenn niemand gefunden wird.**

Eine Geheimsitzung des franz. Senats.

Über die gestrige Geheimsitzung des französischen Senats glaubt die Agence Havas folgendes mitteilen zu können: Es wurde zunächst an das zwischen den Alliierten vorgesehene Verhältnis bezüglich der **deutschen Kohle** erinnert. In Anbetracht der Nichtleistungen Deutschlands habe die **französische Regierung die Möglichkeit einer Besetzung des Ruhrgebietes ins Auge gefaßt.** Sie stieß zuerst auf die Gegnerschaft Englands, **da Lloyd George drohte, jedes Bündnis abzubrechen.** Am nächsten Tage habe **Millerand** erklärt, daß er seinen Standpunkt aufrecht erhalte, und Frankreich sich gezwungen sehe, **allein** das Ruhrgebiet zu besetzen. Dieser Haltung gegenüber **kündigte Lloyd George** an, daß er die Besetzung **mit Frankreich zusammen durchführen werde.** Aber er stellte als **Hauptbedingung die Bezahlung** der Kohlen zum **Marktpreis.** Die französische Regierung bemerkte sodann, daß bei diesem Tarif der französische Verbraucher einen Teil der englischen Steuern bezahlen würde. Der italienische Delegierte Graf **Sforza** schlug **eine Einigungsformel** vor, die darin bestand, daß die Mehrbezahlung des Preises der deutschen Kohlen, die so an Frankreich geliefert wurden, als ein an Deutschland gegebener Vorschuß betrachtet werde. Diese Vorschüsse sind auf 380 Millionen angewachsen.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Die amerikanischen Besatzungskosten.** Nach einer Havasmeldung **aus Washington** haben die **Vereinigten Staaten** den alliierten Regierungen eine **neue Note** zugehen lassen, in der erklärt wird, die Behandlung der amerikanischen Forderung **betreffend die Besatzungskosten werde nicht von der Möglichkeit berührt, daß die französische Besatzungskostenrechnung noch nicht völlig beglichen sei.** Das „Echo de Paris" bemerkt hierzu, die Note scheine zum Ausdruck zu bringen, daß Amerika auf Frankreich einen Druck auszuüben beabsichtige, um eine Herabsetzung der Rüstungen durchzusetzen.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

DZ. **Karlsruhe**, 29. März.

Die Tribüne ist heute stark besetzt. Auf eine kurze Anfrage der Abg. Frau **Rigel** (Zentr.) stellte ein **Regierungsvertreter** fest, daß die **Verabreichung von Schlagsahne streng verboten** und daher strafbar sei. — Darauf wurde die **Landwirtschaftsdebatte** fortgesetzt.

Abg. **Engelhardt** (Zentr.): Die Landwirtschaft ist sich ihrer Pflicht für die Volksernährung bewußt. Die Rebbaufläche in Baden beträgt heute 15 000 Hektar, also nur noch die Hälfte wie vor 100 Jahren. Redner ist gegen den Zwischenhandel.

Abg. **Großhans** (Soz.) erklärte, die Produktionssteigerung als höchstes Gebot. Stadt und Land seien auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Heute Agitationspolitik zu treiben, sei eine Sünde.

Abg. **Schoen** (Dem.) führt aus, Baden sei das Land der kleinen Betriebe und können nicht als Überschußgebiet angesprochen werden. Die ungünstige Lage als Grenzland bewirke eine Teuerung, unter der die Bauern gerade so zu leiden hätten wie die Städter. Die geringe Zufuhr an Düngungsmitteln infolge Warenmangels und Eisenbahnerstreik habe die badische Landwirtschaft schwer geschädigt. Deshalb sei eine rasche und billige Versorgung mit Kunstdünger unbedingt geboten. Der Redner macht praktische Vorschläge für die diesjährige Getreideablieferung und gibt gleich interessante Anregungen für einen intensiven Landwirtschaftsbetrieb.

Minister **Remmele** äußert sich zu den zahlreichen Wünschen, die zum Teil an die Landwirtschaftskammer weitergegeben werden müßten. Das Ministerium sei mit den süddeutschen Staaten unablässig bei der Reichsregierung darum bemüht, daß die Kunstdüngerpreise in mäßigen Grenzen gehalten und billige Frachtsätze für die süddeutschen Staaten gewährt werden. Der Minister besprach dann verschiedene Einzelfragen. Auf 1 Pfund Umlagegetreide kämen 1¼ Pfennig Unkosten. Die statistischen Zahlen wiesen auf einen außerordentlichen Rückgang des Fleischkonsums hin. Das ausländische Fleisch sei vielfach billiger als das inländische. Die Tabakanbaufläche habe sich um 500 Hektar verringert. Im Viehstand sei eine leichte Besserung zu verzeichnen. Bei genügender Zufuhr von Kraftfuttermitteln hoffe man, der Viehstand so zu heben, daß die Milchversorgung der Städte gewinnt. Im Anschluß an eine Pressenotiz führte der Minister aus, er möchte es bedauern, wenn in die sachliche Debatte das politische Moment hineingetragen würde; dann wäre eine Verständigung ausgeschlossen und jede Arbeit im Parlament vergeblich. An die Stelle der letzten behördlichen Zwangswirtschaft sei die der freien Zwangswirtschaft getreten in Form von Monopolen und Syndikaten. Von einer absolut freien Wirtschaft zu reden, wie es der Abg. Dr. Mattes tat, wolle ihm (dem Minister) daher nicht recht in den Kopf. Die Kaufkraft im Innern sei immer mehr dem Entwertungsprozeß der Mark gefolgt, was eine Gefahr für die Ausfuhr darstelle. Schon heute klagten deutsche Firmen über erfolgreiche Auslandskonkurrenz. Wenn jetzt eine Besserung der Mark erfolge, sei unser Export unterbunden. Der Minister rechtfertigte schließlich nochmals die Getreideumlage, die auch als ein Stück Steuerleistung aufgefaßt werden könne. Man bedenke, daß die Lebensmittelpreise um das 50fache, die Löhne höchstens um das 20fache gestiegen sind. Der Redner beleuchtet die Schäden unserer Volkswirtschaft, die der unglückliche Krieg im Gefolge hatte und richtete eindringliche Worte an die Landwirte, an den Erscheinungen in den Zentren unseres Wirtschaftslebens nicht vorüberzugehen und zu sagen: Das geht uns nichts an! Geht's kunterbunt in den Städten, so geht's auch kunterbunt auf dem Lande. Man müsse sich von dem Standpunkt der Agitation frei machen. Nächste Sitzung Mittwoch, vormittag 9 Uhr. Schluß ½8 Uhr.

*

DZ. **Karlsruhe**, 29. März. Das Haus stimmte zunächst dem Vorschlag des Präsidenten zu, einen besonderen **Schulausschuß** zu bilden.

Darauf wurde die **Landwirtschaftsdebatte** fortgeführt.

Abg. **Dörr** (Landbund): Größter Wert ist auf den Obstbau zu legen. Die vielen Millionen für ausländisches Obst könnten sehr wohl im Lande behalten werden. Dem Landbund seine Grabrede zu halten ist verfrüht.

Abg. **Weißhaupt** (Ztr.): Um die Zwangswirtschaft abzuschaffen bedurfte es nicht erst des Landbundes. Die Bauern können die Not der Städte; sie haben seine Freude an den derzeitigen Getreidepreisen, an denen Börse und Spekulation schuld sind. Der Landwirt hat den geringsten Anteil an dem Brotpreis. Redner fordert schärfsten Kampf gegen wilden Handel und Aufkäufertum; er wünscht Übernahme der vollen Valutaschuld auf die Reichskasse und legt weiter dar, warum der Landwirt nichts vom Umlageverfahren wissen wolle. Die Hilfsaktion der deutschen Landwirtschaft müsse zu einer solchen aller schaffenden Stände werden.

Abg. **Strobel** (Soz.) bittet dringend, sich den Staatsnotwendigkeiten nicht zu verschließen. Dazu gehöre das Umlageverfahren. Den wilden Aufkäufern hätten die Landwirte die Türe weisen sollen. Der Gedanke des direkten Verkehrs von Produzent und Konsument, wie ihn der Vorredner empfiehlt, ist realisierbar. Wir unterstützen alles was, zur Produktionssteigerung beiträgt. Daß gutes deutsches Saatgut ins Ausland verschoben wird, ist eine Schande.

Abg. **Seubert** (Ztr.) bemerkt, daß gegen die Landwirtschaftskammer noch einige hundert Prozesse straf- und zivilrechtlicher Art schweben. Da müsse doch etwas nicht in Ordnung sein. Redner wandte sich dann scharf gegen die Agitation des Landbundes, hin und wieder durch Zwischenrufe von dieser Seite unterbrochen.

Weiterberatung nachmittags ½4 Uhr.

Der Schiedsspruch in der Metallindustrie.

In der Arbeitsstreitigkeit zwischen dem Verbande der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke und dem Deutschen Metallarbeiterverband — Verwaltungsstelle Mannheim — hat der gestern vom Reichsarbeitsministerium gebildete Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. **Sitzler** vom Reichsarbeitsministerium nach mündlicher Verhandlung folgenden **Schiedsspruch** gefällt:

Der Manteltarifvertrag wird bis zum 31. März 1923 verlängert. Dabei wird im Interesse der unbedingt erforderlichen Produktionserhöhung die regelmäßige Wochenarbeitszeit um zwei Stunden erhöht. Für diese zwei Stunden wird neben der regelmäßigen Bezahlung als Ausgleich für den wegfallenden Überstundenzuschlag ein für alle Arbeitnehmer gleicher Betrag von 12 M. wöchentlich gewährt; bei Nichterreichung von 48 Wochenarbeitsstunden vermindert sich der Betrag entsprechend.

Die zurzeit bezahlten Teuerungszulagen werden für die höchste Klasse für die Zeit vom 27. Februar bis 30. April erhöht. Die Gesamthöhe beträgt 4,50 M.

Der Mindestbetrag der Leistungszulage wird von 40 Pf. auf 60 Pf., der Höchstbetrag auf 1,40 M. erhöht. Bezüglich der Gewährung der Leistungszulagen verbleibt es bei den bisherigen Grundsätzen. Die Vergütung der Lehrlinge wird im gleichen Verhältnis wie die Entlohnung der Facharbeiter erhöht.

Vom 1. April ab entfällt die Bezahlung der Pausen. Dafür werden die Gesamtlohnsummen unter Zugrundelegung der vom 1. April ab zu gewährenden Beträge um 5 v. H. einmalig erhöht.

Die Parteien werden bis zum Freitag mittag, den 31. März 1922, ihre Erklärung über die Annahme des Schiedsspruchs dem Arbeitsministerium in Karlsruhe mitteilen. Erfolgt die Annahme, so treten die Parteien wegen der Neufassung ihrer Vereinbarungen unverzüglich in Verhandlungen.

Badischer Landtag.

Ausgleichszulage für die im Weinbau tätigen Personen (Winzer, Rebl[illegible]ute usw.)

PA. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Für die im Weinbau tätigen Personen und ihre Berufsbezeichnungen sind die Verhältnisse in den einzelnen Ländern verschieden. Wegen der Gewährung der Ausgleichszulage nach dem Reichsversorgungsgesetz lassen sich bezgl. dieser Personen daher nur allgemeine Richtlinien geben. Im allgemeinen werden von den im Weinbau Beschäftigten diejenigen einen Anspruch auf die einfache Ausgleichszulage haben, welche die Weinbergstätigkeit als Hauptberuf ausüben und Arbeiten verrichten, die berufsmäßig erlernt sein müssen, wie z. B. Pflanzen, Schneiden, Biegen, Pfählen, Binden, Heften, Ausbrechen, Spritzen usw. der Reben.

Arbeiter, die nur gelegentlich im Weinberg tätig sind und solche, die nur rein mechanische Dienstleistungen verrichten, wie z. B. Bodenbearbeitung, Düngung, Traubenlese usw., haben im allgemeinen keinen Anspruch auf eine Ausgleichszulage.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Kraftwerk Dogern.

DZ. Aus der kürzlich stattgefundenen Interessentenbesprechung über das projektierte Kraftwerk ist folgendes hervorzuheben: Das Kraftwerk Dogern ist als ein **Kanalkraftwerk** projektert. Der Kanal nimmt seinen Anfang bei den Rheinhäusern in Dogern und läßt Rheinarm und die Insel unberührt und mündet gegenüber von Schwaderloch in den Rhein. Bei Dogern kommt über den Rhein ein sog. Schützenwehr mit 10 Öffnungen, parallel mit demselben über den Kana kommt jetzt ein Abschlußbauwerk mit 5 Öffnungen. Auf schweizerischem Gebiet ist eine Schiffahrtsschleuse vorgesehen. Gegenüber Schwaderloch bei Alb kommt über den Kanal das Maschinenhaus, das eigentliche Werk, über den Rhein ein Schiffahrtswehr. Die Anlage soll 60—80 000 PS erzeugen, was große Vorteile für ganz Baden mit sich bringen würde. Ein Nachteil sei, daß den Landwirten wertvolles Gelände verloren geht und daß infolge des Wegfalles von Wohnhäusern eine erhöhte Wohnungsnot und durch Heranziehung von Arbeitern eine Lebensmittelverteuerung einsetzen würde.

Das Kraftwerk Dogern, das bereits im Jahre 1907 geplant war, steht heute im Vordergrund des Interesses. Die Rentabilitätsberechnung für das Werk stützt sich darauf, daß 9 Monate im Jahre die Wasserkraft voll ausgenutzt werden kann; 12 Turbinen für je 6 bis 8000 PS werden eine Durchschnittsleistung von 70 bis 80 000 PS ergeben. Allerdings sind die Baukosten ungeheuer hoch; sie werden auf ca. 85 Millionen Franken veranschlagt. Da jedoch das **Hauptwerk** auf der **badischen** Seite liegt, demgemäß in der Überzahl deutsche Arbeiter beschäftigt werden können, so dürfte sich eine Reduzierung der Summe ergeben. An dem Werk wird indes auch badisches Kapital beteiligt sein; die Bevölkerung kann sich durch Erwerbung von Obligationen selbst daran beteiligen. Für die Fische werden zwei Fischtreppen mit 28 Stufen mitten im Rhein angebracht.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. **Heidelberg**, 26. März. Der Seismograph der Königstuhlsternwarte verzeichnete am 24. März in der zweiten Nachmittagsstunde ein heftiges **Fernbeben**. Die Entfernung des Herdes beträgt nur etwa 1200 Kilometer.

Aus der Landeshauptstadt.

* **Professor Reinhold Helbing †.** Im Alter von 50 Jahren starb gestern Professor Reinhold Helbing an den Folgen eines Schlaganfalls, den er vor einigen Tagen erlitten hat. Professor Helbing wirkte eineinhab Jahrzehnte lang, hauptsächlich als Geschichtslehrer, in erfolgreicher Weise an der hiesigen Oberrealschule. Er stammte aus Langensteinbach wo sein Vater der später an die Pfarrei Karlsruhe-Mühlburg kam, als Pfarrer amtierte, studierte Theologie und Philologie und prakzierte dann als Lehramtskandidat in Karlsruhe, Ettenheim, Kandern und Radolfzell. Bald nach seiner Ernennung zum Professor wurde er vom Bodensee nach der Landeshauptstadt versetzt. Professor Helbing, der sich als tüchtiger und kenntnisreicher Schulmann großer Beliebtheit erfreute, hat auch politisch eine rege Wirksamkeit entfaltet; jahrzehntelang war er einer der tätigsten Führer der Fortschrittlichen Volkspartei. Um das kommunale Leben hat er sich als Mitglied des Karlsruher Bürgerausschusses und des Stadtverordnetenvorstandes verdient gemacht.

Zeitschriftenschau.

„Kunst und Künstler", Monatsschrift für bildende Kunst und Kunstgewerbe, Verlag Bruno Cassirer, Berlin. Das 5. Heft des laufenden Jahrgangs orientiert über das Schaffen dreier Künstler, die sich heute zu einer gewissen Höhe des Könnens und Erfolges durchgerungen haben und daher unseres Interesses sicher sein dürfen: Max Slevogt, Max Pechstein und Henri Matisse. An der Hand von vier Werken, die der Verlag Bruno Cassirer jetzt herausbringt (1. „Hektor", Mappe ohne Text mit Steindrucken, 2. „Die tapferen Zehntausend" mit Steindrucken, dem Text eingeordnet, 3. „Die Inseln Wak-Wak", Märchen mit Lithographien, 4. „Volkslieder, Tierfabeln und Märchen" mit Federzeichnungen, von O. Bangemann in Holz geschnitten) würdigt Max J. Friedländer in einem lesenswerten Aufsatz, der reich ist an klugen praktischen Winken und feinen kritischen Bemerkungen Slevogt als Buchillustrator. Der Laie gewinnt ein klares Bild der verschiedenen Verfahren, die der Künstler anwendet, um den freien und flüchtigen Zug der Zeichnung über den Druckprozeß herüberzuretten, und hat selbst Gelegenheit, an Hand der zahlreichen Illustrationsproben aus den vier Werken die Beurteilung der verschiedenen Methoden nachzuprüfen. Das Wesen Max Pechsteins hat Karl Scheffler mit treffenden Worten umschrieben. Er nennt ihn die „Trompete" im Orchester der neuen deutschen Kunst. Charakteristisch ist eine Mischung von Kraft und Gefälligkeit, die all seinen Bildern eigen. Eine geschickte Auswahl gut reproduzierter Bilder veranschaulicht das Gesagte. Ein lebensvolles Gemälde des Malers Henri Matisse entwirft Hans Purrmann in einem Aufsatz, der stark mit persönlichen Erinnerungen an den Künstler durchsetzt ist, dem der Verfasser einst nahe stand. Die Bildproben sind offenbar verschiedenen Perioden des Malers entnommen, der ja bekanntlich in den einzelnen Epochen wechselnden Einflüssen unterworfen war.

Über die heutigen Preisverhältnisse unterrichten die „Auktionsnachrichten" und über die neuesten Produkte auf dem Gebiet der Skulptur, Radierung, Keramik usw. die Rubrik „Kunstausstellungen". Die glänzend redigierte Zeitschrift mit ihrem ganz vorzüglichen Bildmaterial darf daher immer wieder allen Freunden moderner Kunst, die in Wort und Bild auf dem Laufenden bleiben und sich bei der Fülle der Erscheinungen ein klares Urteil bilden wollen, bestens empfohlen werden. H. R-r.

Staatsanzeiger.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw der planmäßigen Beamten.

Arbeitsministerium.

Ernannt:

Amtmann Emil **Turban** bei der Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorgestelle zum Regierungsrat.

Gestorben:

Gendarmerie-Kommissär Wilhelm **Ehredt** in Konstanz und Oberwachtmeister Friedrich **Baumgartner** in Krozingen.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, 30. März 7—10 Uhr 40 Mk.

Die Fledermaus.

BAUBUND-MÖBEL

in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.

Eigene Verkaufsstellen:
KARLSRUHE, Karlfriedrichstr. 22.
FREIBURG, Kaiserstraße 27
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt
PFORZHEIM, Theaterstr. 15.
OFFENBURG, Steinstr. 2.
MOSBACH, Hauptstr. 12.
SINGEN a. H., Scheffelstr. 25.
K.937 KONSTANZ, Roßgartenstr. 31.

BADISCHER BAUBUND G. M. B. H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 5157 **Karlsruhe** am Rondellplatz

Altpapier

Druckstampf, Zeitungen und Akten **kaufen** zu den höchsten Tagespreisen

Kerzner, Alpern, Weißmann & Cie.

Beiertheimer-Allee 8 Teleph. 702 u. 801.

Auf Wunsch wird die Ware abgeholt.

Nutzholz-Versteigerung

des **Bad. Forstamtes Pforzheim** am **Montag, den 3. April d. J., früh 9½ Uhr,** beginnend in der Brauerei **Beckh** am Marktplatz in **Pforzheim**, aus den Domänenwaldungen **„Hagenschieß"** etwa 1500 Stück, Tannen und Fichten mit 1300 Fm. und 500 Stück Forlen mit 260 Fm. Händler, die keine Handelserlaubnis besitzen, und solche, welche beim Verkaufstermin ihren Handelserlaubnisschein nicht vorzeigen können, sind vom Kaufe ausgeschlossen. Nähere Auskunft und Listenauszug gegen Ersatz der Schreibgebühren durch das Forstamt. M.520.2

Vorräte in Seifen

und Waschmitteln kauft man im

Gebo-Seifenhaus

Karlsruhe, Kaiserstraße 86a.

Amtliche Bekanntmachung.

Kaminfegergebühren betr.

Wir bringen die von dem Herrn Landeskommissar hier mit Erlaß vom 8. März 1922 für vollziehbar erklärte Änderung der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 6. Mai 1920 „Kaminreinigung betr." zur öffentlichen Kenntnis.

Auf Grund des § 77 der Gewerbeordnung, **§ 25 der** Kaminfegerordnung vom 29. November 1921, **§§** 113, 134 P.Str.G.B. wird die bezirkspolizeiliche **Vorschrift** für die Landgemeinden des Amtsbezirks **Karlsruhe vom** 6. Mai 1920 mit Wirkung vom 1. Februar 1922 ab wie folgt geändert:

der § 3 erhält folgende Fassung:

§ 3.

Zu den in § 2 erwähnten Grundtaxen ist **bis** auf weiteres ein Teuerungszuschlag in Höhe von 300% des Betrags der einzelnen Taxe zu zahlen. **Die** hiernach sich ergebenden Einzelbeträge der Taxen **sind** in der Weise zu berechnen, daß Einzelbeträge über 2½ Pfg. auf 5 bezw. 10 Pfg. aufgerundet werden.

Karlsruhe, den 23. März 1922.

Bezirksamt. O.Z. 35.

Kreisfarrenmarkt Donaueschingen

findet am **1. April 1922** statt. Prämien wie üblich.

Kreisausschuß Villingen.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

M.522. **Karlsruhe.** Im Grundbuch von Karlsruhe Band 221 Heft 15, III. Abt. Nr. 3 ist auf dem Grundstück Lgb. Nr. 4554 zugunsten der **Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, vormals Allgemeine Versorgungsanstalt** in Karlsruhe eine Briefhypothek für Darleben in Höhe von Mark 30 000 nebst 4 Prozent Zins vom 1. Juli 1910 ab eingetragen.

Der frühere Eigentümer Landwirt **Jakob Bratzler** in Unteröwisheim des an Heinrich Eckard, Landwirt in Durlach, verkauften Grundstücks, hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des über die Grundschuld ausgestellten Hypothekenbriefes beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Donnerstag, 20. Juli 1922, vormittags 11 Uhr,** anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Karlsruhe, 14. März 1922.

Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgericht B. 1.

Aufgebot.

M.651.2.1 **Meßkirch.** Der Schrankenwärter **Martin Mägerle in Überlingen** hat beantragt, seinen am 21. Juni 1854 zu Kreenheinstetten geborenen und seit 1875 verschollenen Bruder **Mathias Mägerle,** zuletzt wohnhaft in Kreenheinstetten für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Montag, den 16. Oktober 1922, vormittags 11 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Meßkirch, 20. März 1922.

Bad. Amtsgericht.

Versch. Bekanntmachungen

Nutzholzverkauf.

Das **Forstamt Schopfheim** verkauft **freihändig** aus Staatswaldungen 1. **Hasler Wald: Ei.** 3 III. mit 2 Fstm., 22 IV. mit 13,96 Fstm., 75 V. mit 31,55 Fstm. **Esch.** 1 III. mit 0,69 Fstm., **Ah.** 1 IV. mit 0,71 Fstm. **Erl.** 3 IV. mit 2,26 Fstm., 4 V. mit 1,91 Fstm. **Hbu.** 2 IV. mit 2,12 Fstm., 2 V. mit 0,62 Fstm. **Fo. Absch.** 12 I.—III. mit 7,56 Fstm. 2. **Burgholz, Spitzenberg, Hausener Hau: Ei.** 1 II. mit 1,87 Fstm., 6 IV. mit 4,86 Fstm., 4 V. mit 1,97 Fstm., 3. **Kohlrütte: Ei.** 1 IV. mit 0,64 Fstm., 4 V. mit 1,97 Fstm. **Ah.** 2 V. mit 0,93 Fstm. 4. **Henschenberg: Ei.** 1 IV. mit 1,15 Fstm., 9 V. mit 4,56 Fstm. **Angebote bis 12. April 1922** getrennt für 1 Fstm. nach Holzart und Klasse, an das Forstamt erbeten. Zuschlagsfrist 14 Tage. Nachweis der Handelserlaubnis ist zu erbringen. Auszüge durch die Forstwarte für Ziffer 1: Jost in Hasel, 2: Oswald in Raitbach, 3/4: Länger in Weitenau. M.650

Deutsch—Nordische Güterverkehre.

Mit 1. April l. J. ist für den deutsch-dänischen und deutsch-schwedisch-norwegischen Güterverkehr eine neue Einrechnungstafel zur Ermittlung der erhöhten deutschen Schnittfrachtsätze in Kraft getreten, durch welche die Einrechnungstafel vom 1. März l. J. aufgehoben wird. Verkaufspreis 50 Pfg. M.662

Karlsruhe, 28. März 1922.

Eisenbahngeneraldirektion.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Baden. M.598

Güterrechtsregister-Eintrag Bd. II, S. 472: **Metz, Josef,** Kaufmann in Baden, und Franziska geb. Falk. Vertrag vom 23. Januar 1922: Gütertrennung.

Baden, 20. März 1922.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Donaueschingen. M.615

In das Güterrechtsregister Band I wurde unterm heutigen eingetragen

Samson, August, Wilhelm, Dentist in Geisingen, und Emma Anna Berta geb. Folz.

Vertrag vom 3. März 1922. Gütertrennung.

Donaueschingen, 20. März 1922.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Donaueschingen. M.634

In das Güterrechtsregister Band I wurde unterm heutigen eingetragen:

Bayer, Karl, Metzger, Donaueschingen, und Maria Agatha geb. Honegger.

Vertrag vom 1. März 1922. Gütertrennung.

Donaueschingen, den 20. März 1922.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Durlach. Güterrecht. Eingetragen am 18. März 1922. **Blum,** Georg Otto, Oberstadtsekretär in Durlach, und Wilhelm Kappler Witwe Frida geborene Kiefer. Durch Vertrag v. 28. Februar 1922 ist Errungenschaftsgemeinschaft vereinbart. **Amtsgericht.**

Eppingen. M.635

Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 303: **Merz,** Karl Friedrich, Müller in Verwangen, u. dessen Ehefrau, Katharina geb. Sitzler. Vertrag vom 13. März 1922. Errungenschaftsgemeinschaft.

Eppingen, 18. März 1922.

Amtsgericht.

Der Gerichtsschreiber.

Mannheim. M.636

Zum Güterrechtsregister wurde heute eingetragen:

Band III Seite 155: **Möller,** Johann Georg Sebastian, Modellschreiner, und Anna Margaretha Frieda geb. Weiß in Mannheim-Neckarau. Vorbehaltsgut der Frau sind außerdem die im Vertrag vom 16. März 1922 bezeichneten Gegenstände.

Band XIV Seite 467: **Pilz,** Friedrich Traugott Johann, Ingenieur, und Rosalie geb. Rehschütz in Mannheim. Vertrag v. 6. März 1922. Gütertrennung.

Band XIV Seite 468: **Hausdorff,** Josef, Kaufmann, und Maria Anna geb. Schönnith-Müller in Mannheim. Vertrag vom 10. März 1922. Gütertrennung.

Mannheim, 25. März 1922.

Bad. Amtsgericht B.G. 4.

Offenburg. M.576

Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 456: Karl **Rieger,** Kaufmann in Offenburg, und Luise Rieger geborene Rieger. Vertrag vom 18. Februar 1922. Errungenschaftsgemeinschaft. Das eingebrachte Gut der Ehefrau, das ihr von den Eltern übergebene Vermögen, sowie alles Vermögen, welches sie späterhin von Todes wegen oder unter Lebenden durch unentgeltlichen Titel erwirbt, ist zum Vorbehaltsgut erklärt.

Offenburg, 21. März 1922.

Bad Amtsgericht 1: Der Gerichtsschreiber.

Offenburg. M.577

Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 457: Walter **Vögelen,** Kaufmann in Offenburg, und Isabella geborene Telle. Durch Vertrag vom 15. März 1922 ist die Verwaltung und Nutznießung des Mannes ausgeschlossen.

Offenburg, 21. März 1922.

Bad. Amtsgericht 1: Der Gerichtsschreiber.

Säckingen. M.637

Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 102: Wilhelm **Graß,** Fabrikarbeiter a. D., und dessen Ehefrau Pauline geb. Frei. Vertrag vom 15. März 1922. Gütertrennung.

Säckingen, 22. März 1922.

Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

Schwetzingen. M.660

Güterrechtsregistereintrag Band II:

Seite 396: **Brucker,** Jakob I., Invalide in Brühl, und Marie geb. Lück. Vertrag vom 13. März 1922. Gütertrennung.

Seite 397: **Schwab,** Hubert Josef Gustav, Kaufmann in Schwetzingen, und Anna Maria Theresia geb. Deimann. Vertrag vom 18. März 1922. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut.

Schwetzingen, den 24. März 1922.

Amtsgericht 2.

Villingen. M.578

Im hiesigen Güterrechtsregister Band II Seite 265 wurde heute eingetragen: Handelsmann Heinrich **Stroh,** und dessen Ehefrau Anna geb. Schwarz hier. Vertrag v. 7. März 1922. Gütertrennung.

Villingen, 16. März 1922.

Amtsgericht 1.

Weinheim. M.644

Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 451: **Reinhard,** Adam, Schlosser in Weinheim, u. Katharina geborene Embach. Vertrag vom 21. März 1922. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.

Weinheim, 25. März 1922.

Amtsgericht.

Wiesloch. M.661

Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 364: **Kimling,** Stefan, Pfleger in Wiesloch, und Frieda geb. Stöckinger. Vertrag vom 20. Februar 1922. Errungenschaftsgemeinschaft gemäß §§ 1519 ff. BGB. Das im Vertrag verzeichnete Beibringen der Frau sowie alles, was sie künftig durch Erbschaft, Schenkung oder sonstigen unentgeltlichen Titel erhält, ist ihr Vorbehaltsgut.

Wiesloch, 24. März 1922.

Bad. Amtsgericht.

Vereins-Register.

Mannheim. M.579

Zum Vereinsregister Bd. IX O.-Z. 14 wurde heute eingetragen:

„Südwestdeutscher Kanalverein für Rhein, Donau und Neckar, Landesgruppe Baden" in Mannheim.

Mannheim, 21. März 1922.

Bad. Amtsgericht B.G. 4.

Mannheim. M.580

Zum Vereinsregister Bd. IX O.-Z. 15 wurde heute eingetragen: **„Vereinigte Milchhändler von Mannheim"** in Mannheim.

Mannheim, 21. März 1922.

Bad. Amtsgericht B.G. 4.

Mannheim. M.581

Zum Vereinsregister Bd. IX O.-Z. 13 wurde heute eingetragen:

„Mannheimer Kanu-Gesellschaft" in Mannheim.

Mannheim, 21. März 1922.

Bad. Amtsgericht B.G. 4.